



BürgerInnenbrief

22. Februar 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Teurer HVV +++ Ende des Kahrs-Systems? +++ Neue Mitte Altona +++ Schuldenbremse? +++ Deserteursdenkmal!

Sozial gerechte Mobilität geht anders!



In weiter Ferne: kostenfreier HVV (Foto: www.avanti-projekt.de)

Nahezu geräuschlos und ohne Resonanz in den Medien ist zum Jahreswechsel die erneuerte Tarifordnung beim Hamburger Verkehrsverbund (HVV) in Kraft getreten. Mittlerweile ist es zum Ritual geworden, dass der HVV die Fahrpreise alljährlich erhöht, zum 1. Januar 2012 um durchschnittlich 2,8%, womit die Anhebung erneut höher ausgefallen ist als die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und erst recht die Einkommensentwicklung. Dieses Mal hat es besonders die älteren Menschen und die CC-Karten-NutzerInnen (darunter viele Erwerbslose) getroffen: Die Preise für SeniorInnen- und CC-Karten sind sogar um 3,8% emporgeklettert.

Nein, das ist keine soziale Politik im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die der HVV – absegnet vom Senat – da betreibt. Dies, obwohl uns Bürgermeister Olaf Scholz doch in seiner Regierungserklärung vom 23. März 2011 die Bedeutung des ÖPNV nahe legte: »Nahverkehrssysteme sind mittlerweile so etwas wie die Nervenbahnen großer Städte

und bedürfen deshalb besonderer Beachtung.« Von regelmäßig steigenden Tarifen hatte uns Herr Scholz damals nichts erzählt, auch nichts davon, dass die Preisgestaltung wesentlich darüber entscheidet, ob die Menschen mit geringe(re)m Einkommen die Chance haben, ihr Grundrecht auf Mobilität überhaupt wahrzunehmen.

Doch in den letzten Wochen ging es noch um mehr, nämlich für einige Menschen um das pure Überleben. Eiseskälte hatte die Stadt überzogen, und es stand zu befürchten, dass Obdachlose erfrieren. Einer Initiative aus Bremen folgend – dort hatten die örtlichen Verkehrsbetriebe Obdachlosen die unbürokratische, kostenfreie ÖPNV-Nutzung während der winterlichen Temperaturen ermöglicht – stand auch für Hamburg eine entsprechende Forderung im Raume. Doch der HVV lehnte harsch ab.

Da passt ins Bild, dass das »Hamburger Abendblatt« am 2. Februar titelte: »Schwarzfahrer sollen bis zu 120 Euro zah-

len.« Der »Verband Deutscher Verkehrsunternehmen« (VDV), dem auch der HVV angehört, hatte tags zuvor die Forderung aufgestellt, Schwarzfahrer statt mit 40 zukünftig mit 60 Euro Strafe zu belegen, »Wiederholungstäter« sollen sogar mit 120 Euro zur Kasse gebeten werden. »Die höhere Strafe würde helfen«, so der Leiter Tarif und Verbände beim HVV, Matthias Wiarda, »die Schwarzfahrerquote zu senken, einfach weil die Abschreckung höher ist«. Geschätzte 3,5% der ÖPNV-NutzerInnen seien es, die schwarzfahren. Im Jahre 2009 mussten insgesamt 519 Personen eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen des Delikts der »Beförderungserschleichung« verbüßen, wie eine Kleine Anfrage der Linksfraktion 2010 ergeben hatte (Drucksache 19/5654 vom 19.3.2010).

Mit sozial gerechter Mobilität hat dies alles nichts zu tun, mit einer humanen, pragmatischen Bewältigung vorhandener Probleme schon gar nicht. Im Gegenteil: Da erhöht der

HVV jedes Jahr die Fahrpreise und koppelt damit einen Teil der Menschen buchstäblich ab. Wer sich – in winterlichen – Notzeiten aufwärmen möchte und müsste, bekommt lediglich die rote Karte gezeigt. Und dann auch noch die Sätze für das Schwarzfahren drastisch zu erhöhen und die Menschen, die es sich schlicht nicht erlauben können, eine Fahrkarte zu lösen, zu kriminalisieren und in mehreren Hundert Fällen pro Jahr ins Gefängnis zu stecken, das alles schreit nach einer anderen Nahverkehrspolitik in Hamburg. Doch was passiert? Da wird lieber eine teure U4 in die schicke HafenCity gebaut, statt endlich die seit Jahren abgehängten Großwohnsiedlungen Steilshoop und Osdorfer Born an das U- oder Stadtbahnnetz anzuschließen.

Es bleibt dabei: Eine andere Verkehrspolitik ist nötig und machbar. DIE LINKE bleibt dran.

Ende des »Systems Kahrs«?



Im Bezirksamt: M. Schreiber und J. Kahrs (SPD), 30.1.2012 (Foto: dpa)

Drei Wochen nach dem Methadon-Tod des Pflegekinds Chantal ist der umstrittene Chef des Bezirksamtes Mitte Markus Schreiber zurückgetreten: »Der entsetzliche Tod eines elf-jährigen Mädchens unter den Augen meines Jugendamtes, meines Bezirksamtes belastet mich so stark, dass ich nicht weiter Bezirksamtsleiter sein will.« Nach einem Gespräch mit Bürgermeister Olaf Scholz hat Schreiber darum gebeten, dass der Senat ihn von seinem Posten abberuft.

Schreiber war vor Jahren als Sprecher des Mitte-Rechts-Flügels seiner Partei angetreten und galt in den Augen vieler als ordnungspolitischer Hardliner. Bekannt gemacht haben ihn seine Vorstöße u.a. gegen das Betteln in der Innenstadt, sein Vorschlag, ganz Hamburg zum Sperrbezirk für Straßenprostitution zu machen sowie die Forderung nach hohen Geldbußen für SkateboarderInnen auf dem Jungfernstieg. Nach dem Tod

der kleinen Lara-Mia in Wilhelmsburg 2009 gab es Auseinandersetzungen über Amtsführung und Kontrolle im Bereich seines Jugendamtes. Und 2011 hat der Bezirksamtsleiter Aufmerksamkeit erheischt mit der Errichtung eines Zaunes zur Ausgrenzung von Obdachlosen. Streit mit den Zomia-BauwagenbewohnerInnen bestätigte das Image Schreibers als Law-and-order-Mann. Auch in den Reihen der SPD war sein Rückhalt in den letzten Monaten sukzessive gesunken.

Das Abendblatt titelte: »Schreibers Rettungsschirm heißt Kahrs«. BILD fragte noch kurz vor dem Abtritt: Warum hält die SPD in Mitte immer noch an Markus Schreiber fest? Die Boulevard-Zeitung verwies auf das System Kahrs: »Der mächtige Kreischef Johannes Kahrs (48) hält seine schützende Hand unbeirrt über Schreiber – und was Kahrs sagt, ist in der Mitte-SPD Gesetz. Denn fast jeder im Kreisverband ist ihm

in irgendeiner Form verpflichtet.« Beispielsweise über den Jugendhilfe-Ausschuss, dem Kahrs seit 18 Jahren vorsitzt: Dort werden pro Jahr rund fünf Millionen Euro für Kinder- und Jugendarbeit verteilt, und wohl nicht ganz zufällig besetzen Kahrs' politische FreundInnen die meisten Leitungsjobs. »Ich bin ein erstklassiger Wahlkreisabgeordneter, ein hervorragender Kreisvorsitzender und ein guter Jugendhilfeausschussvorsitzender.« So charakterisiert sich der SPD-Kreisvorsitzende von Hamburg-Mitte selbst, und so kennt ihn nicht nur die eigene Partei.

Doch mit Schreiber kündigte auch Kahrs seinen Rücktritt aus dem Jugendhilfeausschuss an. Er wird politisch für Chantals Tod mitverantwortlich gemacht. Und zeigt Einsicht: »Ab einem bestimmten Zeitpunkt macht es einfach keinen Sinn mehr, gegen Vorurteile, gegen große Konstrukte anzulaufen. Wenn die Welle zu hoch ist, muss man sie tunneln.« Blicken wir an dieser Stelle ein wenig zurück auf Johannes Kahrs.

Als der frühere Parteivorsitzende Mathias Petersen 2007 Spitzenkandidat der SPD werden wollte, kämpfte Kahrs mit offenem Visier, um ihn zu verhindern. Damals war es die Runde der Kreisvorsitzenden, die Petersens Vorpreschen unterband. Kahrs' Name fiel, als vor der Bundestagswahl 2009 Danial Ilkhanipour, der bei ihm gearbeitet hatte, erst im Stillen Mehrheiten für sich organisierte, um dann gegen Niels Annen anzutreten und mit einer Stimme Mehrheit zu gewinnen – was die Partei in eine Krise stürzte und am Ende den Wahlkreis Eimsbüttel kostete. Kahrs wies jede Beteiligung an dem Vorgang von sich.

Dreimal gewann Kahrs seit 1998 den Bundestagswahlkreis 19 in Hamburg-Mitte direkt. Hier setzt er sich für seine WählerInnen ein. Ein Mittel: der Besuch des Bundestages in Scharen. Er kommt zu den BürgerInnen auch zum Kaffee. »Den Kuchen bringe ich mit«, heißt eine seiner originellen Aktionen. WählerInnen beeindruckt, dass er auch als bekannter Bundestagsabgeordneter weiter im Stadtbezirk, im Kleinklein der Kommunalpolitik, mitmischt, eben vor allem im Jugendhilfeausschuss. Sozusagen die Basis für andere Aktivitäten, z.B. als Sprecher des rechten Seeheimer Kreises innerhalb der SPD.

Kahrs hat eine schlagkräftige Truppe von PraktikantInnen und aufstiegsbereitem Nachwuchs, wenn es darum geht, Veranstaltungen zu organisieren. Kahrs-Plakate sind fast immer im Hamburger Stadtzentrum zu sehen, nicht nur in Wahlkampfzeiten. Er ist Mitglied in vielen Vereinen, aber auch in einer Studentenverbindung. Er ist Oberstleutnant der Reserve. Seit langem steht Kahrs in der Kritik, weil er gegen die Spielregeln des Bundestages verstoßen hat. Seit Jahren gehört der Abgeordnete dem Präsidium des »Förderkreises Deutsches Heer« (FKH) an, der der Rüstungslobby nahe steht. Doch gegenüber der Parlamentsverwaltung verschwieger er die Nebentätigkeit, die Nähe zur Rüstungslobby kommuniziert er nicht gerne. Den FKH gibt es seit 1995. Vereinszweck: »Förderung des Verständnisses und der Unterstützung für die Bundeswehr, insbesondere der Belange der deutschen Landstreitkräfte in Politik und Öffentlichkeit zur Verbesserung und zum dauerhaften Erhalt der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr.« Die Nähe zum Militär zeigte sich auch noch auf anderer Ebene:

2005 gab es angeblich vom Rüstungskonzern Rheinmetall eine Parteispende unter der Veröffentlichungsgrenze von 10.000 Euro an Kahrs' Kreisverband Hamburg-Mitte. Auch Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann blieb kurz unter der Veröffentlichungsgrenze. Insgesamt, so hat die FRANKFURTER RUNDSCHAU ausgerechnet, flossen mehr als 60.000 Euro von der Rüstungsindustrie in Richtung Kahrs.

Was Kahrs und Schreiber jetzt trifft: Schon 2009 war ein Kind, die neun Monate alte Lara-Mia, durch Vernachlässigung gestorben, obwohl die Jugendhilfe das Kind und seine Eltern betreute. Aus dem Fall habe der Jugendhilfeausschuss viel gelernt und neue Regeln für den Umgang mit schwierigen Familien festgelegt, behauptete Kahrs. Er fügte hinzu: Obwohl gleichzeitig durch den CDU-geführten Senat die Gelder für die offene Jugendarbeit immer weiter gekürzt wurden. All die neuen Regeln seien jedenfalls im Fall Chantal auch angewendet worden. Allein fünf MitarbeiterInnen des Allgemeinen Sozialen Dienstes hätten die Pflegefamilie Chantals besucht, dazu regelmäßig die KollegInnen des verantwortlichen freien Trägers. Niemand habe Bedenken geäußert. Der Fall sei nicht einmal der Jugendamtsleiterin, geschweige denn dem Bezirksamtsleiter und erst recht nicht dem Jugendhilfeausschuss bekannt gewesen. »Das treibt mich um, das ist nicht zu verstehen«, sagt Kahrs. Der Bezirksamtsleiter entband die Jugendamtsleiterin von ihren Aufgaben und tönnte öffentlich, schon nach dem Tod von Lara-Mia 2009 habe er der Frau nicht mehr vertraut. Freilich blieb das damals ohne Konsequenzen. Schreiber erinnerte sich und an die Verantwortung anderer, als er selbst zum Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung geworden war.

Keine Frage, die Veränderungen im Bezirk Mitte sind weitreichend. Aber weder ist der Fall Chantal aufgeklärt, noch zeichnet sich eine grundlegende Veränderung des Verwaltungshandelns ab. In einem von Bürgermeister Scholz angeforderten Gutachten schrieb der SPD-Jugendhilfeexperte Thomas Böwer im März 2011: »Wird dieses System der Hamburger Erziehungshilfen nicht einer dringenden Reform unterzogen, so ... laufen die politisch Verantwortlichen auch Gefahr, mit ähnlichen Fällen wie dem der kleinen Lara Mia konfrontiert zu werden. Es ... ist nicht gewährleistet, dass ein Kind, das sich bereits in staatlicher Obhut befindet, nicht doch oder gerade deshalb Schaden an Leib und Leben nimmt.«

Worum müsste es bei einer solchen grundlegenden Reform gehen? Der SPD-Senat plant, im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe durch den Ausbau sozialräumlicher Angebote – vor dem Hintergrund des Kahlschlags der letzten 20 Jahre – ein Netz für die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern zu knüpfen, das hilft, mit ihrer schwierigen Situation fertig zu werden. Gleichzeitig muss aber der Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung erhalten bleiben, weil in vielen Fällen die bisherigen Interventionsformen angemessen und nützlich sind. Für eine grundlegende Verbesserung der Lebenssituation dieser Familien bedarf es über die Familien- und Jugendhilfe hinaus weitergehender Maßnahmen und Initiativen. Dazu gehören verbesserte Angebote der Kinderbetreuung, der schulischen und beruflichen Bildung, aber auch bezahl-

barer Wohnraum. Für Eltern wie Kinder geht es um gezielte Maßnahmen der beruflichen Qualifikation und Arbeitsplatzangebote, um aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen zu können.

Es ist scheinheilig, die Schuld im »Fall Chantal« und anderen Missständen jetzt bei den freien Trägern zu suchen, die früher staatlich organisierte Angebote der Kinder- und Jugendhilfe übernommen haben – auch, weil die Stadt dadurch (beim Personal) sparen wollte. Für eine qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendarbeit müssen die staatlichen Stellen wie die freien Träger mit den entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Dies wäre – neben der Frage der politischen Verantwortung – eine wichtige Schlussfolgerung aus dem Drama um Chantal.

Das alles kostet Geld und die Haushaltslage ist mehr als angespannt. Unter dem Blickwinkel einer »Ökonomie des ganzen Hauses« ist das kurzatmige Sparen im Sozialetat allerdings mehr als kontraproduktiv. Kosten, die hier gespart werden, fallen dann anderswo an – bei den folgenden Generationen oder aber auch in späteren Entwicklungsperioden der Betroffenen. Zudem mahnen die Ereignisse in vielen anderen europäischen Ländern, welche Folgen Perspektivlosigkeit und ausbleibende staatliche Hilfen gerade für Kinder und Jugendliche zeitigen können. Die »Schuldenbremse« droht allerdings auch hier zum entscheidenden Bremsklotz für eine bessere Zukunft für die jungen BürgerInnen dieser Stadt zu werden.

Neue Mitte Altona: Moratorium nötig!



Abstimmung auf dem Bürgerforum Altona, 2.2.2012 (Foto: M. Joho)

Als Thema der Aktuellen Stunde hatte DIE LINKE für die Bürgerschafts-Doppelsitzung am 8./9. Februar 2012 das Thema »Neue Mitte Altona: BürgerInnenbeteiligung ernst nehmen und Verfahren neu aufstellen!« angemeldet. Leider kam dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr zur Sprache, da die Auseinandersetzung um die katastrophale Politik des – inzwischen zurückgetretenen – Bezirksamtsleiters Markus Schreiber (SPD) das Feld bestimmte. Holen wir an dieser Stelle die – ungehaltene – Rede von Heike Sudmann nach, in der versucht werden sollte, die mittlerweile von vielen Menschen unterstützte Forderung nach einem Moratorium für die Planungen zur Neuen Mitte Altona zu begründen und zu unterstützen:

»Die »Neue Mitte Altona« ist nach der HafenCity das größte Bauprojekt Hamburgs. Auf ehemaligen Bahnflächen mit ei-

ner Gesamtgröße von 75 Hektar sollen 3.500 Wohnungen entstehen.

Groß und ambitioniert ist auch die BürgerInnenbeteiligung. Wer glaubt, dass Bürgerschaftsabgeordnete zu bemitleiden sind, weil sie so viele Veranstaltungen besuchen und so viele Unterlagen lesen müssen, sollte sich erst einmal das Pensum für die interessierten BürgerInnen ansehen. Seit Mai 2010 gab es ungezählte Veranstaltungen, Präsentationen, Workshops. Die Mediathek der BSU umfasst allein für die Neue Mitte Altona 60 zum Teil sehr umfangreiche Dokumente und Links. Auf den ersten Blick sieht die große Anzahl der Dokumente nach einer weitestgehenden Transparenz aus. Die BSU wird auch nicht müde, ständig auf den hohen Grad der BürgerInnenbeteiligung zu verweisen.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Im Zuge des Beteiligungsverfahrens sind in den vergangenen Monaten insgesamt 569 Forderungen von BürgerInnen benannt worden. Alle Forderungen sollten Beachtung finden, so das Versprechen. Die im Auftrag der BSU von Professor Gessenharter, Herrn Birzer und der steg im Oktober 2011 zusammengestellte Liste enthielt aber lediglich 285 BürgerInnenforderungen, nahezu 50% fielen also unter den Tisch. Das ist kein Ernstnehmen der stark engagierten BürgerInnen!

Damit der Unmut nach dieser unglaublichen Behandlung nicht ausföhrt, akzeptierte die BSU die Forderung nach einem von den BürgerInnen gewählten Beteiligungsgremium. Dieses 18köpfige Koordinationsgremium hat sich seit Dezember 2011 durch Berge von Unterlagen gewählt und für Überraschungen gesorgt.

So galt die viel versprochene Transparenz nicht für die »Eckpunktevereinbarung« vom Juli 2010 zwischen der BSU und den GrundeigentümerInnen. Erst Ende Dezember 2011 erhielt das Koordinationsgremium endlich die ungeschwärzte Fassung dieses Papiers und fand Verblüffendes:

- Die DB AG hatte zugesagt, bis Juli 2010 über die Verlagerung des Fernbahnhofs Altona nach Diebsteich zu entscheiden. Bis zur heutigen Bürgerschaftssitzung gibt es keine Entscheidung. Ohne Verlagerung ergeben sich aber ganz andere Planungsgrundlagen für Größe, Lärmbelastungen etc. des Bauprojekts.
- Maximal 30 Mio. Euro sollen die GrundeigentümerInnen für die Erschließung und die öffentlichen Parkanlagen zahlen. Keinen Cent mehr, egal ob die Planungsgewinne, die in die Taschen der EigentümerInnen fließen, 50, 60 Mio. oder gar – wie geschätzt – bei 180 Mio. Euro liegen. Das ist ein echter Hammer! Die einen sahen fett ab, und die doofen SteuerzahlerInnen sollen den Rest der Zeche zahlen. Das nenne ich staatlich unterstützte Zechprellerei!

Viele weitere Ungereimtheiten sind den gewählten VertreterInnen aufgefallen. Deshalb hat sich das Koordinationsgremium entschieden, den BürgerInnen einen befristeten Planungsstopp vorzuschlagen. Dieses von verschiedenen Initiativen vor Ort unterstützte Moratorium wurde letzte Woche von den über einhundert Anwesenden mit überzeugenden 88,5% angenommen.

Hier geht es nicht um Wohnungsbauperhinderung, sondern um die Chance, ein aus dem Ruder gelaufenes Verfahren neu auszurichten. Keine Geheimverhandlungen, keine Geschenke an GrundeigentümerInnen mehr! Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass bezahlbarer Wohn- und Gewerberman und kein Abklatsch der Hafencity entsteht.«

Wir nehmen hier die Begründung des Moratoriums auf. Die StadtteilkaktivistInnen haben darin neun wichtige Gründe zusammengefasst, warum die Planungen nach Gutsherren, pardon: nach BSU-Art vorübergehend ausgesetzt werden müssen, um Raum und Zeit für eine wirkliche und ernsthafte BürgerInnenbeteiligung zu lassen. Wer dazu Genaueres wissen will, sollte sich den Mitschnitt des Bürgerforums vom 2. Februar anschauen (<http://www.youtube.com/watch?v=xHgR-zvuv4E>).

Neun Gründe für eine bessere Planung der Mitte Altona

Neun Gründe für ein Moratorium

❶ Die Stadt nimmt die Bürgerbeteiligung nicht ernst, sondern verhandelt hinter verschlossenen Türen

Über 560 Bürgerforderungen wurden in den vergangenen 18 Monaten gesammelt, doch wozu? Zentrale Anregungen und Forderungen, die Mehrheiten unter den im »Bürgerdialog« Beteiligten gefunden haben, hat die Behörde für Stadtentwicklung (BSU) nicht oder kaum aufgegriffen, und zum Teil in schulmeisterlicher Form abgebugelt. Mit den Grundeigentümern dagegen wurden und werden weitreichende Verhandlungen geführt – dies jedoch unter Ausschluss der Bürger.

Wir schlagen vor, dass die Inhalte der Verhandlungen mit den Investoren öffentlich gemacht und dass alle Verträge – vor Unterzeichnung – mit den Bürgern diskutiert werden.

❷ Planungs-Varianten werden nicht analysiert – sondern ausgeblendet

Der aktuelle Masterplanentwurf Neue Mitte Altona berücksichtigt vor allem die Planungsinteressen der Grundeigentümer. Mögliche Alternativen, etwa:

- das Münchner Modell zur teilweisen Abschöpfung der erheblichen Bodenwertgewinne,
- das Mitwirkungs-Modell, wie z.B. vom Stadtplaner Mario Bloem vorgeschlagen,
- ein Entwicklungsgebiet nach § 165 BauGB, für das der Senat vor über vier Jahren vorbereitende Untersuchungen beauftragt hat und auf deren Ergebnisse wir immer noch warten sind bislang nicht erörtert worden (s.a. Punkt 9)

Das Baugesetz sieht vor, dass Alternativen ernsthaft gegeneinander abgewogen werden müssen – und wir halten das auch für geboten.

❸ Die Investoren realisieren den Gewinn – die Stadt Hamburg übernimmt das Risiko

Im Sommer 2010 hat Hamburg ein nichtöffentliches Eckpunktepapier mit den Investoren unterzeichnet, in dem formuliert wird, dass alle Kosten, die über 30 Mio Euro hinausgehen, nicht von den Investoren, sondern von Hamburg getragen werden sollen. Die möglichen Gewinne der Investoren aus den Bodenwertsteigerungen bleiben dabei ohne Berücksichtigung. Warum soll Hamburg dieses Risiko übernehmen?

Ein Moratorium wird helfen, dieses Missverhältnis aufzuheben.

❹ Nur ein Drittel geförderte Wohnungen – kann das eine Lösung sein?

In Hamburg sind 46 Prozent der Haushalte §5-Schein-berechtigt, also aufgrund ihres geringen Einkommens auf geförderte Mietwohnungen angewiesen. Etwa 80 Prozent der Hamburger Haushalte wohnen zur Miete. Der für die Wohnbebauung der Mitte Altona geplante sogenannte »Drittelmix« – ein Drittel Eigentum, ein Drittel frei finanziert und ein Drittel geförderter Wohnungsbau (der nach 15 Jahren aus der Preisbindung fällt) entspricht daher in keiner Weise dem Bedarf der Hamburger Bevölkerung.

Ein Moratorium wird es ermöglichen, die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln und die soziale Architektur des Stadtteils darauf abzustimmen.

5 Für existierendes Gewerbe gibt es in diesem Masterplan keine Perspektive

Auf dem Gelände des ersten Teilabschnitts der Bebauung befinden sich Gebäude, die ca. 230 Gewerbetreibenden und Freiberuflern Arbeitsplätze bieten. Weder für die Gebäude, die zum Teil von historischem Wert sind, noch für die Arbeitsplätze gibt es bei derzeitigem Stand der Planung eine Perspektive – eine solche muss während der Moratoriumszeit erarbeitet werden.

6 Kein monotones Wohngebiet – wo bleibt die Altonaer Mischung?

Dass in Hamburg »dringend neue Wohnungen gebraucht« werden, wie die BSU schreibt, ist richtig. Entsprechende Maßnahmen unterstützen wir, sofern es sich um bezahlbaren Wohnraum handelt, denn für teure Miet- und Eigentumswohnungen sorgt der Immobilienmarkt ohnehin. Die derzeitige Planung sieht lediglich zehn Prozent Gewerbe vor, was nach bisherigen Planungen wohl vor allem Gastronomie und Shopping-Nutzungen bedeutet. Eine solche Wohn- und Konsum-Monokultur jedoch läuft auf eine sozial wie ökologisch verantwortungslose Stadtentwicklung hinaus – sie trägt dem Umstand nicht Rechnung, dass Stadtteile auch Orte für Bildung, Produktion, Gewerbe und Pflegeeinrichtungen brauchen. Wir brauchen eine Planung, die auch auf die zunehmend drohende soziale Spaltung der Gesellschaft und auf sich verändernde Arbeitswelten reagiert.

Ein Moratorium eröffnet die Möglichkeit, über verschiedene Nutzungen neu nachzudenken.

7 Weniger Auto – mehr kostengünstige Alternativen

Wer planerische Alternativen zur Automobilität auch im Hinblick auf den Klimawandel sucht, kann sie in diesem Masterplan (noch) nicht finden. Warum nicht achtzig Prozent autofreies Wohnen statt zehn Prozent »autoarm«? Warum keine S-Bahn-Haltestelle im Gebiet? Warum kein Fahrradkonzept? Warum kein Verbot von Tiefgaragen (macht Häuser und Mieten billiger)? Warum nur dünne Stege und Tunnel für Fußgänger, die von Altona nach Ottensen führen? Wie sieht die Verkehrs-Qualität für die aus, die kein Auto haben/wollen?

Ein Moratorium kann die Chance eröffnen, für den neuen Stadtteil eine Vision durchzusetzen, die der Entwicklung und der sozialen Heterogenität der Metropolen wirklich Rechnung trägt.

8 Bleibt das Projekt vielleicht auf halber Strecke stecken?

Von den 30 Hektar des in der Planung befindlichen Geländes steht die Realisierung des größeren Teils – der 17 Hektar, die nur nach *Verlagerung des Fernbahnhofs* frei werden – *vollkommen in den Sternen*. Die DB hat bislang weder eine Verlegung des Bahnhofs beschlossen, noch Pläne dafür vorgelegt:

Es könnte also sein,

- dass der 2. Bauabschnitt gar nicht kommt..
- dass ein Shopping-Center inklusive Bahnhof Diebsteich bereits vom ECE Konzern geplant wird, wir aber davon noch nichts wissen sollen

Sollte der Bahnhof Altona am alten Standort bleiben, so lastet eine »hohe Lärmbelastung – auch in der Nacht« auf dem geplanten Wohnviertel, wie die BSU selbst schreibt. Auch der Park ist dem Lärm direkt ausgesetzt. Kann ein Masterplan Neue Mitte Altona funktionieren, der über diese Fragen keine Auskunft gibt? Wird die Planung irgendwann vielleicht deshalb auf halber Strecke hängen bleiben? Oder wird der Lärm im Wohngebiet dazu dienen, dass Hamburg auf seine Kosten einen teuren Lärmschutzwall bauen muss?

9 Das derzeitige Vorgehen der BSU nimmt die Chance auf soziale Stadtentwicklung nicht wahr

Paragraf 165 des Baugesetzbuchs (»Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen«) räumt der Stadt weitgehende Rechte an in Privatbesitz befindlichen Grundstücken ein – wenn diese »zum Wohl der Allgemeinheit (...), insbesondere zur Deckung eines erhöhten Bedarfs an Wohn- und Arbeitsstätten, zur Errichtung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen etc.« gebraucht werden.

Die BSU verhandelt mit den Grundeigentümern derzeit einen Vertrag zur Abwendung einer solchen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach § 165 BauGB. *Es ist also den politischen Verantwortlichen durchaus bewusst, dass diese Maßnahme sowohl notwendig als auch rechtlich durchsetzbar ist.* Auf dieser Basis halten wir es für unverantwortlich, die politische Verantwortung einfach billig »abzuwenden« und sie privaten Investoren zu überlassen. Wir sehen die Gefahr, dass durch einen eilig durchgewunkenen Abwendungsvertrag die Chance auf eine echte soziale Stadtentwicklung für immer verbaut wird.

Ein Moratorium ist notwendig, um ein solches Vertragswerk unter Berücksichtigung der zuvor genannten Gesichtspunkte öffentlich zu diskutieren. Dies könnte auch mehr Sicherheit schaffen in Bezug auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Projekts. Die Verträge der Stadt müssen bei dieser wichtigen Fläche ja so wasserdicht und gut sein, dass sie mehr als 15 Jahre halten.

● Nachbemerkung

Die Forderung nach einem Moratorium ist eine politische und nicht an eine bestimmte Frist geknüpft. Auch wir, die Unterzeichner, sind ungeduldig und wollen unsere Anliegen während des Planungsaufschubs umgesetzt wissen.

Je schneller desto besser.

Für ein Moratorium und eine bessere Planung der Mitte Altona!

Koordinierungsgremium Mitte Altona
Lux & Konsorten
Altopia

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die HafenCity-Universität hat sich in den letzten Jahren einen Namen mit **Forschungsarbeiten insbesondere zur Stadtentwicklung** gemacht. Wer sich einen Eindruck verschaffen möchte: www.hcu-hamburg.de.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN gibt ein »Verkehrspolitisches Zirkular« heraus. Ein Sonderheft widmet sich jetzt dem Komplex **Bahn der Zukunft – Zukunft der Bahn**. Darin finden sich interessante Ausführungen zur Bahngeschichte und -struktur, Börsenplänen, Erfahrungen in der Schweiz und alternativen Konzepten. Das Material gibt es im Netz unter www.nachhaltig-links.de/index.php/publikationen-mobilitaet.

»Das Beste am Norden ist der Gegenwind!« Mit diesem flotten Spruch ist kürzlich die neue **Website nord-LINKS** freigeschaltet worden. Dort finden sich aktuelle »Analysen, linke Ansichten & Alternativen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Problemen in Ländern, Städten und Gemeinden«, zurzeit noch vorrangig aus Hamburg und Schleswig-Holstein. Mehr unter www.nord-links.de

Was soll aus den City-Hochhäusern werden, wie dicht darf die City bebaut werden, wie kann Grün im Zentrum erhalten werden? Um diese und weitere Fragen geht es unter dem Titel **Hamburgs City soll lebendiger werden** am Mittwoch, den **22.2.2012** um 18 Uhr in der Patriotischen Gesellschaft (Troostbrücke 6). Die einladende Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) präsentiert erste Ergebnisse zum neuen Innenstadtkonzept.

Muss sich DIE LINKE neu erfinden? – diese Frage steht im Mittelpunkt einer Parteibildungsveranstaltung am Mittwoch, den **22.2.2012**, um 18.30 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3). Über Lage und Perspektiven diskutieren Joachim Bischoff (Zeitschrift »Sozialismus«) und Horst Kahrs (Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Wer hat sich in Bau- und Verkehrsfragen nicht schon über mauernde Behörden geärgert? Ein **Transparenzgesetz** soll erreichen, dass sämtliche behördlichen Planungen und Verträge offen gelegt werden. Einer erfolgreichen Volksinitiative folgt eine **öffentliche Anhörung der Bürgerschaft** am Dienstag, den **28.2.2012**, um 16.45 Uhr im Hotel Sofitel Hamburg (Alter Wall 40). Näheres zur Initiative unter www.transparenzgesetz.de.

Nicht nur BewohnerInnen der Gagfah können ein Lied von der Vernachlässigung ihrer Wohnungen durch den Eigentümer singen. Die Verbraucherzentrale rückt in zwei kostenfreien Vorträgen dem Problem **Feuchtigkeit und Wohnungsschimmel** zu Leibe: an den Donnerstagen, **23.2.** und **1.3.2012**, jeweils von 18.30 bis 20.30 Uhr in der Kirchenallee 22. Eine Anmeldung ist erforderlich (Tel. 24 832-250 oder unter www.vzhh.de).

Ein **Treffen der urbanen Gartenprojekte in Hamburg** hat die Gruppe »Transition Hamburg« für Samstag, den **25.2.2012**, von 13 bis 17 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32-34) angesetzt.

Um die **Politik (mit) der Armut in der aktivierten Bürgergesellschaft** geht es beim nächsten »Sozialistischen Salon« am Donnerstag, den **1.3.2012**, um 19.30 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2). Thomas Wagner (Redaktion »Widersprüche«) referiert über Modelle des »aktivierenden Staates«.

Am Dienstag, den **6.3.**, sowie am Donnerstag, den **29.3.2012**, ebenfalls im Centro Sociale, veranstaltet der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Stadt Raum (ASSR) in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und den Centro-FreundInnen zwei Abende zu **Großwohnsiedlungen in Hamburg**. Am 6.3. geht es um Steilshoop (»Ein Wohnexperiment der partizipativen Stadtentwicklung der 1970er Jahre«); neben der Vorführung der 45minütigen Dokumentation »Wohnfriedhof oder urbanes Leben« gibt es eine Diskussion mit dem Filmemacher Egmond Tenten und dem Bewohner des Wohnmodells, Erhard Buschmann. Am 29.3. folgt eine Debatte um die »Funktion von Großwohnsiedlungen für den gesamtstädtischen Wohnungsmarkt« mit Martin Kersting (Stadtteilbeirat Steilshoop), Marc Meyer (Mieter helfen Mietern) und dem Stadtplaner Thomas Pohl.

Seine diesjährige **Radreise-Messe** veranstaltet der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) am Sonntag, den **4.3.2012**, zwischen 11 und 18 Uhr im Congress Centrum Hamburg (Tiergartenstraße 2). Der Eintritt beläuft sich 5 Euro, AOK- und ADFC-Mitglieder zahlen nur 1,50 Euro, Jugendliche unter 16 Jahren in Begleitung der Eltern haben freien Zugang.

»Schuldenbremse« oder gerechte Besteuerung?

Von Joachim Bischoff



Gegen ungerechte Verteilung: Demo vor dem Rathaus, 15.10.2011

Die regierende SPD in Hamburg verfolgt einen rigiden Sparkurs, der darauf hinausläuft, bis 2020 den Zuwachs bei den Ausgaben auf unter 1% zu begrenzen, um gemäß den Anforderungen der »Schuldenbremse« zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Aus diesem Grund hat sich der SPD-Senat auch geweigert, die Steuermehreinnahmen im Jahr 2011 für Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit und Investitionen in die Zukunft der Stadt zu verwenden. »Wir haben dann alle Mehreinnahmen, die durch die gute Konjunktur hineinkamen, nicht wieder in Mehrausgaben umgesetzt – wie es die Vorgängersenate oft getan haben – sondern gesagt: Wir haben trotzdem kein Geld.« (Finanzsenator Tschentscher).

Dabei sind die Steuereinnahmen 2011 wegen der günstigen Konjunktur außerordentlich gestiegen und haben selbst die positiven Schätzungen aus dem November 2011 übertroffen. Gegenüber der Ursprungsplanung noch des schwarz-grünen Senats addieren sie sich auf über eine Mrd. Euro (gegenüber der Mai-Steuerschätzung auf ca. 380 Mio. Euro). Durch diese Mehreinnahmen und eine klammheimliche Sparpolitik, die auch vor dem Zusammenstreichen öffentlicher Investitionen nicht halt gemacht hat, konnte das ursprünglich eingeplante Defizit von 1,6 Mrd. Euro auf 431 Mio. Euro gedrückt werden. Die Bilanz des Jahres 2011 fällt noch besser aus, wenn man bedenkt, dass Hamburg auch über 400 Mio. Euro Schulden getilgt hat.

In seinem »Jahresbericht 2012« begrüßt der Landesrechnungshof den eingeschlagenen Konsolidierungskurs. »Insbesondere sind die Wegweiser richtig aufgestellt: Haushaltsausgleich spätestens 2020, Konjunkturbereinigung von

Einnahmen, jährliche Steigerungsraten unter 1%.« Allerdings geht dem Rechnungshof der eingeschlagene Kurs noch nicht weit genug: »Die Umsetzung aber lässt noch zu wünschen übrig (...) Wo wirklich gespart werden soll, bleibt offen. Ein Konsolidierungserfolg ist nur bei – bisher fehlenden – aufgabenkritischen Eingriffen in die überproportional steigenden Ausgaben für Personal und gesetzliche Leistungen realistisch.«

Im Kern läuft das auf einen sehr viel rigideren Personalabbau im öffentlichen Dienst hinaus, als ihn der SPD-Senat mit 250 Stellen pro Jahr eh schon plant. Der Rechnungshof argumentiert in Richtung FDP und CDU und fordert einen weiteren Verzicht von 700 Stellen pro Jahr.

Nun steht diese Forderung nach einer rigorosen Sanierung des Hamburger Haushalts zulasten der Beschäftigten, eines vernünftigen Angebots öffentlicher Dienstleistungen und der benachteiligten BürgerInnen der Stadt in einem merkwürdigen Kontrast zu der Feststellungen des Rechnungshofs über die marode städtische Infrastruktur. »Nicht nur bei Schulen, Hochschulen, Theatern und Parks, auch bei anderen Gebäuden der Stadt – von Museen über Vollzugsanstalten bis hin zu Brücken und Tunneln – wurde und wird zu wenig für Erhaltung und Modernisierung getan. Die von uns ermittelten bzw. geschätzten Zahlen sind dramatisch: Die langjährige, gegen Nachhaltigkeit verstoßende Vernachlässigung hat allein im Hochbau und im Tiefbau zu 4,7 Mrd. Euro aufgestauten Sanierungsbedarfen geführt. (...) Die Folgen für den Betriebsausgaben sind dramatisch: Allein für die Unterhaltung ihrer Bauten muss die Stadt jährlich über 300 Mio. Euro zusätzlich und dauerhaft aufbringen.«

Für diese Konstellation von Überschuldung, Haushaltskonsolidierung und notwendigen Zukunftsinvestitionen haben der Rechnungshof wie auch der SPD-Senat allerdings keine Ideen. Das Primat der Ausgabenkürzungen treibt die Stadt vielmehr immer tiefer in die Schuldenfalle. Aus diesem Teufelskreis kommt man nur heraus, wenn man die »Schuldenbremse« nicht einseitig im Sinne von Verminderung öffentlicher Aufgaben und Ausgabenkürzungen auslegt, sondern die Priorität auf die Verbesserung der Einnahmen legt.

Die Logik, solide öffentliche Finanzen durch Ausgabenkürzungen erreichen zu wollen, basiert vor allem auf der stillschweigenden Akzeptanz der geschwächten Einnahmehasis des Staates. Denn durch die rigorosen Steuersenkungen zugunsten der Unternehmen und VermögensbesitzerInnen in den letzten 20 Jahren wurde diese Einnahmehasis systematisch ausgehöhlt. Dies zeigt auch die Entwicklung der Steuerquote, d.h. des Verhältnisses von Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Sie ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken und lag 2010 bei 21,2% und damit – trotz deutlicher Anhebung der Umsatzsteuer im Jahr 2007 – deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 22,8%. Ihren bisher niedrigsten Wert erreichte sie 2004, als die rot-grüne Steuersenkungsorgie ihre volle Wirkung entfaltete.

Diese Entwicklung der Einnahmehasis des Staates spiegelt sich auch in den in Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen wider. Wenn der SPD-Senat seine Trendlinien der Steuereinnahmen zur Begründung für das in der Zukunft im Durchschnitt zu erwartende Steueraufkommen und, daraus abgeleitet, für die Begrenzung der Ausgaben heranzieht, ist dies keineswegs voraussetzungslos. Denn der Trend der Steuereinnahmen hängt entscheidend mit ab von den steuerpolitischen Rahmenbedingungen. Hätte sich etwa die frühere rot-grüne Bundesregierung zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer durchgerungen, sähe die »Trendlinie« ganz anders aus. Zuletzt ist die Vermögenssteuer 1996 erhoben worden und hat Hamburg jährlich rund 225 Mio. Euro Einnahmen eingebracht.

Als eine Folge dieser politisch herbeigeführten Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte sind die Investitionen der öffentlichen Hand sehr stark zurückgegangen, Verschuldung und Schuldzinszahlungen von Bund, Ländern und Gemeinden haben ein bedrohliches Ausmaß erreicht.

Der Versuch, dieses Dilemma durch eine strikte Begrenzung der Ausgaben lösen zu wollen, produziert immer neue Anpassungsprozesse. Denn der Abbau von Beschäftigung, öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen beschädigt nicht nur das öffentliche Vermögen und die Versorgung der Bevölkerung, sondern schwächt auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch Beschränkung der öffentlichen und privaten Nachfrage. In der Folge sinken die Steuereinnahmen, was zu weiteren Konsolidierungsmaßnahmen zwingt.

Will man aus diesem Teufelskreis der Spar- und Austeritätspolitik ausbrechen, bedarf es vor allem einer Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte. So hat der DGB im Juli 2011 die zentralen Forderungen zur Steuerpolitik programmatisch beschrieben: »Statt Steuersenkungen braucht

Deutschland Steuergerechtigkeit: Vermögende, Unternehmen, Erben und hohe Einkommen müssen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.«

Praktisch bedeutet dies auf Landesebene vor allem, Steuerhinterziehung und Steuerflucht zu bekämpfen. Zur Bewältigung dieser Aufgaben müssen die Steuervollzugsorgane auch personell entsprechend ausgestattet werden. Welches Potenzial durch eine deutliche personelle Aufstockung der SteuerprüferInnen erschlossen werden könnte, machen die Steuermehreinnahmen, die durch den Ankauf von CDs mit den Daten von deutschen SteuerbetrügerInnen erreicht werden konnten, deutlich. Trotz dieses offen zutage liegenden großen Umfangs an Steuerhinterziehung verweigert der SPD-Senat eine deutliche Aufstockung des Personals der Steuerverwaltung mit dem Hinweis, der Hamburger Steuervollzug sei effektiv genug.

Schaut man sich die Entwicklung des Steuervollzugs in Hamburg in den letzten Jahren allerdings an, zeigt sich, dass der schonungsvolle steuerpolitische Umgang mit Unternehmen und Vermögenden sogar noch ausgeweitet wurde. So moniert der Landesrechnungshof erstens, dass seit mehreren Jahren durchschnittlich mehr als 16% oder 112 Stellen des eigentlich für die Betriebsprüfung vorgesehenen Personals im Innendienst der Finanzämter eingesetzt wurden. Zweitens sei 2008 das Personal bei der Steuerfahndung um 15% oder 15 Stellen abgebaut worden, mit der Begründung, »dass das reguläre Ergebnis von 96 Fahndungsprüfern angesichts der hohen Bruttowertschöpfung pro Einwohner in Hamburg nicht sachgerecht sei.«

Für diese willkürliche und skandalöse Festlegung auf einen noch schonenderen Umgang mit Hamburgs Unternehmen und SteuerhinterzieherInnen hat auch der Rechnungshof wenig Verständnis: »Der Rechnungshof hat beanstandet, dass die Finanzbehörde – Steuerverwaltung – von der länderübergreifend abgestimmten Berechnungsmethode abgewichen ist, ohne die angebliche Gefahr einer überdimensionierten Steuerfahndungsstelle anhand konkreter Fakten belegen zu können.«

Gerade im Bereich des Steuervollzugs und der Steuerfahndung besteht also dringender Handlungsbedarf, um erstens die Einnahmen der Stadt zu verbessern und zweitens Steuergerechtigkeit herzustellen, die die skandalöse Bevorzugung von Unternehmen und Vermögensbesitzern durch eine schonungsvolle Prüfungspraxis beendet. Aber Finanzsenator Tschentscher zeigt wenig Neigung, hier initiativ zu werden und zieht es stattdessen vor, über die langen Gesichter bei den BürgerInnen wegen schlechter und gekürzter Leistungen zu philosophieren.

Weitere Stellschrauben auf der Einnahmenseite sind: die Erhöhung der Einkommenssteuer für Besserverdienende, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhebung der Grundsteuer auf Basis von Verkehrswerten wie auch die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer. Für Hamburg würde allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu jährlichen Mehreinnahmen von, je nach Ausgestaltung, 1-2 Mrd. Euro führen.

Auch hinsichtlich dieser anderen möglichen Heilmittel zur Verbesserung der Haushaltslage wie etwa Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer (Volumen 1-2 Mrd. Euro jährlich) oder der Erhöhung der Einkommenssteuer für Besserverdienende verhält sich Hamburgs SPD-Regierung passiv. Ganz anders, wenn es ums »Sparen« und die Einhaltung der »Schuldenbremse« geht. Die Lehren der Geschichte werden einfach in den Wind geschlagen und mit

großem Eifer auf die segensreichen Wirkungen eines Aderlasses gesetzt.

Aus der Krise kann man sich – das eben zeigt die Geschichte – nicht herausparen. Gefordert ist ein Mix aus öffentlichen Investitionen in die unterfinanzierten Bereiche, verantwortungsvoller Konsolidierung und Verbesserung der Einnahmen. Übergangsweise muss dafür auch der öffentliche Kredit weiter in Anspruch genommen werden.

Arm & Reich – bei anderen gelesen

Aus der Januar-Ausgabe des Hamburger Straßenmagazins »Hinz & Kunzt«

Zahlen des Monats

Hamburger Reiche werden minütlich reicher

22.717 € pro Minute
wächst das private Vermögen in Hamburg.
Das haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und Verdi auf der Grundlage von Statistiken hochgerechnet.

11,9 Milliarden €
pro Jahr werden die Hamburger Reichen somit reicher.

Allein an Geldvermögen besitzen die Wohlhabenden der Stadt rund
210 Milliarden Euro. Rechnet man Sach- und Immobilienwerte hinzu, steigt die Summe des
Hamburger Privatbesitzes auf 467,5 Milliarden Euro an.

Die Gewerkschaften fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
Sie würde allein in Hamburg nach ihren Berechnungen jährlich bis zu

1 Milliarde €
zusätzlich in die klammen staatlichen Kassen spülen. Eine Steuer auf Vermögen wird in
Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben.
Mithilfe der Vermögenssteuer könnte die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben im Hamburger Haushalt
gerade so gedeckt werden: Der Haushalt für dieses Jahr umfasst 11,5 Milliarden Euro,
10,5 Milliarden Euro Steuergelder werden erwartet. Der Schuldenberg Hamburgs hat bereits heute die
astronomische Höhe von 28 Milliarden Euro erreicht.

837 Hamburger
mit einem Jahreseinkommen von mehr als 1 Million Euro zahlten laut Statistischem Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein im Jahr 2007 rund 1,04 Milliarden Euro Einkommenssteuer –
immerhin rund 16 Prozent der Steuerlast in Hamburg. Neuere Zahlen sind nicht bekannt.

Mehr Infos im Internet unter www.hamburg.verdi.de

TEXT: ULRICH JONAS, ILLUSTRATION: ROMY BLÜMEL/ZAGENTEN

8. März: Internationaler Frauentag

Aufruf zur Demo am 8. März 2012 ab 16.30 Uhr, S-Bahnhof Sternschanze

»Frauen international gegen Armut, Entrechtung und Krieg«

Seit Tausenden von Jahren wird die Welt von einem patriarchalen Herrschaftssystem aufgeteilt und verwaltet. Aber immer schon in der Geschichte gab es auch den Widerstand von Frauen und die Frauenbefreiungsbewegung wird jeden Tag stärker.

Schluss mit allen Kriegen!

Die Militarisierung der Gesellschaft nach innen, als auch die Kriege nach außen, bauen auf patriarchalischen Geschlechterverhältnissen auf. Kriege dienen der Sicherung ökonomischer Interessen. Jedoch werden die Angriffskriege gegen Afghanistan oder den Irak mit der Befreiung der Frauen gerechtfertigt, um die öffentliche Zustimmung zu den Kriegen zu organisieren. Das Umstrukturieren Deutschlands zur Kriegsmacht hat einen steigenden Militärhaushalt zur Folge und geht mit Kürzungen bei Frauenprojekten und des Sozialbudgets einher. In Kriegssituationen leiden alle Menschen. Aber Frauen, denen fast überall die Verantwortung für die Versorgung der Familie zugewiesen ist, tragen damit eine doppelte Bürde. Frauen erleben, dass Vergewaltigung und sexuelle Folter systematisch im Krieg eingesetzt werden, um den Widerstand zu brechen. Frauen werden als Geiseln genommen.

Wir lehnen die Kriege ab, die nur geführt werden, um Macht und Reichtum zu erhalten!

Schluss mit Frauenmorden und Gewalt gegen Frauen!

Innerhalb eines Monats wurden in Deutschland erneut zwei junge kurdische Frauen von ihren Angehörigen ermordet. Souzan Barakat und Arzu Özmen. Während sich Frauen zunehmend gegen den Zwang der patriarchalischen Gewaltkultur wehrten, sind die Morde ein Ausdruck dafür, dass versucht wird, die patriarchalischen Strukturen mit Gewalt und Einschüchterung aufrecht zu erhalten. Morde an Migrantinnen werden mit »Tradition«, mit »Ehre«, mit »Kultur« oder »Islam« erklärt. Und wie sind dann die Morde an Frauen anderer Religionszugehörigkeiten und Kulturen zu erklären?! Wie aber sollen die Vergewaltigungen – 8.000 im Jahr – und 150 Morde in Deutschland erklärt werden? Man bezeichnet sie als Familiendrama. So werden Migrantinnen wegen ihrer Kultur Zielscheibe von Rassismus. Was unseren deutschen Schwestern angetan wird, wird verschwiegen! Sind nicht alle Angriffe auf Frauen männlichen Herrschaftsvorstellungen entsprungen, in denen eine tote Frau einer freien Frau vorzuziehen ist?

Wir bestimmen selbst, wie wir leben wollen. Unser Körper, unsere Sexualität, unsere Gedanken und Gefühle gehören uns!

Schluss mit Entrechtung und Diskriminierung!!

Wir wollen, dass Arbeit nach ihrem Nutzen für die Gesellschaft bewertet wird, Sorgearbeit muss gut bezahlt werden. Wir wollen gesellschaftliche Strukturen, die kinderfreundlich sind und ein Altern in Würde erleichtern. Es ist Teil der Entrechtung der Frauen, dass sie immer noch zu geringeren Löhnen arbeiten müssen, Arbeitslosigkeit und Armut auf ihren Schultern lasten, Migrantinnen durch rassistische Politik ausgegrenzt werden. Wo bleibt das Asylrecht in diesem Land für Frauen, die vor Krieg, Armut und sexueller Verfolgung fliehen?



- Öffnet die Grenzen Europas!
 - Erteilt Frauen ein bedingungsloses Bleiberecht und die Erlaubnis zu arbeiten!
 - Setzt die Gelder der Staatskassen anstatt für Kriege für die Bildung von Frauen ein!
 - Schafft Gesetze, die Frauen den Weg zu Lehrstuhl, Labor, Leitungspositionen und Öffentlichkeit ebnet!
- Wir lassen uns mit unserer Vielfalt nicht zum Werkzeug Eurer Integrationsdebatten, eurer rassistischen, ausgrenzenden und kapital-parteiischen Politik machen!
Unsere Vielfalt ist unser Reichtum!
Wir grüßen alle kämpfenden Frauen weltweit! Es lebe die Frauensolidarität!

Afghanische Frauen in Deutschland e.V., Amiga, ATIK – Neue Frau, Courage e.V. Hamburg, Koordinationsrat der Iranerinnen HH e.V., Frauenprojekt Perspektiven, Linksjugend [solid] Hamburg, LISA (soz. Feministinnen DIE LINKE), MLPD, Nûjiyan e.V., Rat kurdischer Frauen in Hamburg, Sehzrat – Transkultureller Frauen- und Kunstverein, SoL* Sozialistische Linke Hamburg

Unzufrieden mit der Wohnungspolitik



Dringend gesucht: Räume zum Wohnen und Leben (Foto: M. Joho)

Unverändert steht die Wohnungspolitik im Fokus der Öffentlichkeit mit an erster Stelle. In einer doppelseitigen Bilanz nach einem Jahr SPD-Senat betrachtet das »Hamburger Abendblatt« in seiner Ausgabe vom 18./19. Februar 2012 die verschiedenen Arbeitsfelder. Befragt dazu, wie die BürgerInnen die Wohnungsbaupolitik einschätzen, äußern sich 54% unzufrieden, ein Wert, der nur noch vom Ärger über den Zustand der Straßen (63%) getoppt wird.

Skepsis und Kritik machten sich auch auf einer mit 400 TeilnehmerInnen sehr gut besuchten Veranstaltung der Be-

hörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) am 31. Januar in der Patriotischen Gesellschaft bemerkbar. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage: »Passt die Wohnungspolitik zum Wohnungsmarkt?« In den Statements der Stadtentwicklungssenatorin, der Immobilienwirtschaft und vor allem des für den Wohnungsbau zuständigen Staatsrats Michael Sachs wurde versucht, ein außerordentlich positives Bild der Entwicklungen infolge des Wohnungsbauvertrages mit den Bezirken und des Bündnisses für Wohnungsbau mit der Wohnungswirtschaft zu zeichnen. Salz in die Suppe streuten im Laufe der

Debatte dagegen wiederholt der Vertreter des Vereins Mieter helfen Mietern und die Abgeordnete der Linksfraktion auf dem Podium sowie einige StadtteilakteurInnen aus dem Publikum.

Zweifellos unterstrich die Veranstaltung das große Interesse und die enorme Bedeutung der Wohnungsproblematik für Hamburg nicht nur in der gegenwärtigen Situation, sondern absehbar auch im kommenden Jahrzehnt. Auch wenn der eingeschlagene Kurs des Senats belegt, dass die noch vor einem dreiviertel Jahr von der Stadtentwicklungssenatorin wiederholt betonte Verneinung einer Wohnungsnot in Hamburg an den Realitäten vorbeigeht, auch wenn das aufgelegte Wohnungsbauprogramm in die richtige Richtung zielt, bleibt klar festzuhalten: Diese Wohnungspolitik reicht keinesfalls aus, die Bedarfe des Wohnungsmarktes und vor allem der Menschen mit geringem Einkommen hinsichtlich einer bezahlbaren Wohnung zu befriedigen. Im Gegenteil: 30.000 bis 90.000 akut fehlende Wohnungen und ein prognostiziertes, durchschnittliches Bevölkerungswachstum von 5.000 BürgerInnen jährlich bis 2030 machen schon jetzt deutlich, dass 6.000 neue Wohnungen pro Jahr keinesfalls ausreichen werden.

Staatsrat Sachs hatte auf der Veranstaltung zwar gesagt, dass »das einzige Instrument, das wir haben, der soziale Wohnungsbau« sei, er konnte aber keine Antwort auf die Frage geben, wie beispielsweise der Wegfall günstiger Wohnungen ausgeglichen werden soll: 2009 lagen 48% der Mietwohnungen unter 6 Euro/qm, laut Mietenspiegelerhebung 2011 waren es nur noch 33%! Zehntausende weggefallene günstige Wohnungen lassen sich nicht durch lediglich 1.200 Wohnungen im 1. Förderweg (Anfangsmiete 5,90 Euro/qm) ersetzen. Die verkündete Zahl von 6.800 im vergangenen Jahr erteilten Baugenehmigungen klingt gut, aber zum einen bleibt offen, wie viele davon auch wirklich umgesetzt werden, zum anderen ist – abzüglich der anvisierten rund 2.000 geförderten Wohnungen – wahrscheinlich ein erheblicher Teil der Neubauplanungen teurer Eigentumswohnungsbau, den sich die Haushalte mit geringem Einkommen nicht leisten können. Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion an den Senat, nähere Angaben über die Art und Qualität der rund 4.650 Baugenehmigungen (2011) im frei finanzierten Wohnungsbau zu machen, beantwortete dieser lediglich mit einer ausweichenden Vorbemerkung: Entsprechende Daten, ob es sich um Miet- oder Eigentumswohnungs-Neubauten handelt, »liegen weder den zuständigen Bezirksämtern noch der dafür fachlich zuständigen Behörde vor« (Drucksache 20/3052 vom 7.2.2012). Der SPD-Senat propagiert lauthals die »Erfolge« des Wohnungsbauprogramms, betont in seiner Antwort auch, dass »der geförderte Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten ein Kernanliegen« sei, aber Angaben darüber, ob nun teure Eigentums- oder Mietwohnungen entstehen, kann er nicht machen.

Weder die Stadtentwicklungssenatorin noch der Staatsrat konnten auf der BSU-Veranstaltung deutlich machen, wie dem Mietenwahnsinn und der Wohnungsnot gerade bei einkommenschwachen Haushalten begegnet werden soll. Der Verweis auf die »Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft«

(Blankau) und die schon zynisch zu nennende Aussage, »schließlich werden auch die Brötchen teurer« (Sachs), reichen jedenfalls nicht ansatzweise aus und missachten, dass Wohnen ein soziales Grundrecht ist, für das der Staat Sorge zu tragen hat. Für DIE LINKE führt daher kein Weg daran vorbei, die Wohnungsbauförderung zu verdoppeln und eine Vervielfachung der Zielzahlen im sozialen Wohnungsbau zu erreichen.

Derweil ist die Linksfraktion darum bemüht, die Begleiterscheinungen des unzureichenden Umgangs mit der städtischen Wohnungs- und Grundstücks politik zu thematisieren. Insgesamt drei Anträge werden auf der nächsten Bürgerschaftssitzung am 29. Februar von der LINKEN eingebracht. Zum einen wird gefordert (Drucksache 20/3234 vom 15.2.2012), die Berechnung der »angemessenen Unterkunftskosten« endlich an den neuen »Mietenspiegel 2011« anzupassen. Obwohl die Mieten in den vergangenen vier Jahren explosionsartig angestiegen sind (gerade bei Klein- und Altbauwohnungen), werden die Mietobergrenzen immer noch auf der Basis des »Mietenspiegels 2007« berechnet. Alleine zwischen 12/2009 und 10/2010 hat das Jobcenter 1.696 Haushalte aufgefordert, die Kosten der Unterkunft zu senken, lies: in eine günstigere Wohnung umzuziehen – die es aber zurzeit de facto nicht gibt.

Zum zweiten beantragt die Fraktion DIE LINKE (Drucksache 20/3235 vom 15.2.2012), im zweiten Halbjahr eine kommunale Wohnungsvermittlung einzuführen, um den privaten MaklerInnen (sie vermitteln mehr als 50% der Hamburger Wohnungen) das Wasser abzugraben. MaklerInnen nehmen für die Vermittlung einer Wohnung im Normalfall (bis zu) zwei Monatsmieten von MieterInnenseite, obwohl sie damit eigentlich von den VermieterInnen beauftragt wurden. Eine städtische Wohnungsagentur, die nur eine sehr geringe Aufwandspauschale (in Duisburg z.B. von maximal 26 Euro) erhebt und für TransferleistungsbezieherInnen kostenfrei sein soll, würde den Wohnungssuchenden erhebliche Belastungen nehmen.

Und schließlich zielt ein dritter Antrag der Linksfraktion (Drucksache 20/3238 vom 15.2.2012) darauf ab, ein von den Senaten der letzten Legislaturperioden niemals wirklich genutztes Instrument heranzuziehen, um die Gewinne aus Bodenwertsteigerungen im Interesse der Stadt abzuschöpfen. Es geht dabei um die Einführung einer umfänglichen Sozialgerechten Bodennutzung (SoBon), die es – formal – schon einmal von 2000 bis 2010 gegeben hatte, aber in Hamburg quasi nicht zur Anwendung kam. Mit diesem Instrument konnte beispielsweise in München zwischen 1995 und 2011 eine Einnahme von 380,5 Mio. Euro für die bayerische Landeshauptstadt erzielt werden. Spekulation wird mit der Sozialgerechten Bodennutzung unterbunden und städtebauliche Verträge, in denen ein ausreichender Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen festgelegt werden kann, sind wichtige Pflöcke gegen Spekulation und unerschwinglichen Wohnungsneubau.

Ein Deserteursdenkmal für Hamburg!

Von René Senenko



Das seit seiner Gründung im Sommer 2010 auf 20 Vereine angewachsene »Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal« bemüht sich darum, im Zentrum von Hamburg einen dauerhaften Ort der Erinnerung an die Deserteure und »Wehrkraftzersetzer« der Wehrmacht einzurichten, die im Zweiten Weltkrieg zu Hunderten von den Wehrmachtsgerichten in Hamburg zum Tode verurteilt und am Truppenschießplatz am Höltingbaum oder im Innenhof des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis hingerichtet worden sind. Auch der Kulturausschuss der Stadt, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Evangelische Akademie haben in die überfällige Diskussion zu diesem Thema eingegriffen. Die Bezirksversammlungen Nord und Wandsbek widmeten zum »Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar ihre Feiern den Opfern der Wehrmachtsgerichte. Beide Gremien brachten noch mehr auf den Weg: Nord forderte mittels eines interfraktionellen Antrags den Senat auf, sich für die Schaffung eines Deserteursdenkmals einzusetzen. Wandsbek will geplante Straßen nach hingerichteten Soldaten benennen. Als der in Hamburg geborene Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann (90) vor wenigen Wochen in der Ida-Ehre-Schule auftrat, haben einige SchülerInnen ihm spontan versprochen, sich dafür einzusetzen, dass sein letzter Wunsch in Erfüllung geht: Ein Deserteursdenkmal zu seinen Lebzeiten.

Das Bündnis schlägt vor, das kriegsverherrlichende »Ehrenmal« für das Infanterieregiment 76 am Stephansplatz im Sinne der Erinnerung an die Opfer der Wehrmachtsgerichte umzuwandeln. Wir sollten das diskutieren. Gelegenheit dazu gibt es am 15. März 2012 ab 19.30 Uhr im Stadtteilkulturzentrum »Kölibri« in St. Pauli (Hein-Köllisch-Platz 11/12). Zu

dieser vom Bündnis gemeinsam mit Kölibri vorbereiteten Veranstaltung zur Frage »Deserteursgedenken am Kriegsklotz?« sind VertreterInnen aller Fraktionen der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte sowie der Historiker Oliver von Wrochem (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) und der Vorsitzende des Kulturausschusses Norbert Hackbusch (DIE LINKE) eingeladen. Vor Diskussionsbeginn führt das Schauspielteam »Antikriegsambulanz« sein Kurzstück »Kriegsgericht« vor. Am 12. Mai veranstaltet das Bündnis bereits zum vierten Mal sein »Klotzfest«. Mit Musik, Literatur und einer spektakulären Kunstaktion zur optischen »Aufwertung« des Kriegsklotzes machen die Bündnisvereine auf ihr gemeinsames Anliegen aufmerksam (mehr dazu siehe unter www.Feindbegenstigung.de).

In Hamburg-Mitte liegen im Übrigen mehrere Gebäude und Baulichkeiten, die mit dem tödlichen Schicksal der Wehrmachtsdeserteure direkt verknüpft sind: das Untersuchungsgefängnis (UG) und die Hinrichtungsstätte am Holstenglacis sowie die Gerichtsgebäude. Zwar erinnern die 1988 an der rückwärtigen Mauer des UG in den Wallanlagen angebrachten Schilder an hier hingerichtete Geistliche und Widerstandskämpfer, und die schwarzen Tafeln am Holstenglacis 3 berichten von WiderstandskämpferInnen aus den besetzten Ländern Europas und von ZwangsarbeiterInnen, die seit Kriegsbeginn 1939 hier inhaftiert waren. Doch Opfer aus den Reihen der Wehrmacht werden nicht erwähnt. Dabei wurden im Innenhof des Untersuchungsgefängnisses mindestens 40 Deserteure und »Wehrkraftzersetzer« enthauptet.

Rene Senenko ist Mitglied im Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal.

Kultur Tipp: »Müde Helden«



Kolkhosebäuerin auf dem Fahrrad von Alexander Dejneka (1935)

Mitte Februar ist in der Hamburger Kunsthalle – genauer: in der Galerie der Gegenwart – eine beeindruckende Ausstellung eröffnet worden, die mit ihrem weit ausholenden Anspruch Geschichte machen könnte. Gezeigt werden wichtige, in Hamburg z.T. erstmals gezeigte Werke des Schweizer Ferdinand Hodler (1853-1918), des Russen Aleksandr Dejneka (1899-1969) und des Deutschen Neo Rauch (geb. 1960).

Obwohl die drei aus unterschiedlichen nationalen, gesellschaftlichen und künstlerischen Epochen der letzten 150 Jahre stammen, einigt sie – so zumindest die Ausstellungsidee des Kunsthallendirektors Hubertus Gaßner – die Gestaltung der Utopie vom »Neuen Menschen« im 20. Jahrhundert.

Während der bekannte Maler Ferdinand Hodler – ein von der Lebensreformbewegung inspirierter Vertreter des Symbolismus und des Jugendstils – noch den »schönen Menschen«, meist in der freien Natur in ausgesprochen pathetischen Formen darstellt, wendet sich Aleksandr Dejneka mehr den AkteurInnen in den in der jungen Sowjetunion entstehenden

neuen Industrielandschaften zu. »Seine Arbeiterinnen und Arbeiter«, so das Werbeblatt der Kunsthalle, »erscheinen wie die Wiedergeburt der symbolistischen Malerei des Schweizer in proletarischem Gewand«. Neo Rauch dagegen, der in der DDR groß gewordene, mittlerweile weltberühmte Vertreter der »Leipziger Schule«, hat zwar ähnlich collagenartige Bilder gemalt, lässt die Menschen aber in surrealen, bisweilen absurden Zusammenhängen in Erscheinung treten.

»Die Utopie des »Neuen Menschen« verkehrt sich hier in eine Absage an die Fortschrittsgläubigkeit und an jegliche Ideologie«. Und so wirft die großartige Ausstellung mit ihren ca. 90, meist großformatigen Gemälden die Frage auf, ob und inwiefern die Helden tatsächlich müde geworden sind, wie sich Aufbruch und Skepsis, Revolution und Resignation miteinander verbinden.

Zu sehen sind die Bilder noch bis zum 13. Mai. Ein lohnender Besuch, der Gedanken zur angeblichen Utopiemüdigkeit in Europa nahe legt.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.